

Frankreich : « Sarkozy richtet die Bullen-Republik ein » (Teil IV)

Frankreichs Roma-Abschiebepolitik eskaliert. Aber auch die inländische und internationale Kritik daran nimmt massiv zu. Ein Regierungsentwurf für die Ausbürgerung « französischer Straftäter ausländischer Herkunft » wurde inzwischen vorgelegt. Am Samstag, den 04. September protestieren Bürgerrechtler/innen, Gewerkschafter, Antirassismus- und Menschenrechtsvereinigungen gegen den französischen Staatsrassismus und Sarkozys « Sicherheits »offensive seit Ende Juli. Nur in sieben von insgesamt 100 französischen Verwaltungsbezirken (Départements) sind bislang noch keine Demonstrationen geplant.

An diesem Donnerstag, den 2. September ist für Kinder und Jugendliche in ganz Frankreich Schulanfang. Auch wenn er gleich zu Anfang von einem mehrtägigen Streik des Lehrpersonals, unter anderem gegen die Rentenreform, am kommenden Montag und Dienstag (den ersten beiden Unterrichtstagen) markiert ist. Aber noch aus anderen Gründen werden die ersten Schultage im Pariser Vorort Choisy-le-Roi, der südlich der Hauptstadt - an der Seine entlang gestreckt und bereits in der Einflugschneise des Flughafens Orly - liegt, einen besonderen Touch haben.

So wird eine Turnhalle, die normalerweise von rund 700 Grundschulern genutzt wird, in absehbarer Zeit nicht zugänglich sein. In ihr sind seit Mitte August, mit Zustimmung des KP-geführten Rathauses, siebzig zuvor aus der Umgebung der Stadt polizeilich vertriebene Roma untergebracht. Unter ihnen sind 23 Kinder, im Alter von acht Tagen – bei Erscheinen dieser Zeitung – bis zehn Jahren. Aus diesem Grund werden mehrere Grundschulen der Stadt zugleich neue Mitschüler haben. Das Rathaus hat beschlossen, für jene Romakinder, die schlecht Französisch sprechen, anfänglich gesonderte Förderklassen einzurichten.

Die Rechnung dafür wird sie direkt an Bildungsminister und Regierungssprecher Luc Chatel schicken, wie KP-Bürgermeister Daniel Davaisse am Sonntag Abend erklärte. Zu dem Zeitpunkt sprach er als einer der Redner auf einer Unterstützungskundgebung für die Roma am Eingang der Turnhalle. Dass die Schulkinder vorübergehend keine Turnhalle haben werden und dass die ökonomisch schwache Stadt nun diese Menschen, die durch die Staatsmacht anderswo vertrieben wurden, kurzfristig und ohne Vorwarnung aufnehmen musste, sorgt im Rathaus nicht für Freudenschreie. „Aber wir hatten keine Wahl, wir konnten diese Menschen nicht einfach sitzen lassen“, betonen sowohl der Bürgermeister als auch Vertreter der KP und der örtlichen Sozialdemokratie, die mit regiert, auf der Kundgebung. Dort treten auch Angehörige von Menschenrechtsorganisationen, der als progressiv geltende und vom Vatikan geschasste Ex-Bischof Jacques Gaillot oder der radikal linken Partei NPA auf. Die Stadtverwaltung bringt den Menschen in der Turnhalle täglich Kaffee und Essen und sorgt dafür, dass die Kinder Zugang zu Spielen haben.

Im Morgengrauen des 12. August räumten starke Polizeikräfte das Wohnwagencamp, in dem die überwiegend aus Rumänien stammenden Roma zuvor außerhalb der Stadt lebten. Sie wurden vor die Wahl gestellt: entweder die angeblich „freiwillige“ sofortige Ausreise nach Rumänien, oder die Zerstörung ihres Hab und Guts ohne alternative Unterkunftsmöglichkeit. Da die Menschen sich weigerten, einer „freiwilligen“ sofortigen Ausreise zuzustimmen, wurden ihre Wohnwagen durch Bulldozer zerquetscht und ihre darin befindlichen persönlichen Gegenstände beschlagnahmt. Die Betroffenen „saßen buchstäblich auf dem Asphalt, ohne nichts, als wir hinzukamen“, schildert der Franzose Michel von der Solidaritätsvereinigung RomEurope. „Ein Baby hatte 42 Grad Fieber, und wenn wir die Leute nicht rechtzeitig gefunden hätten, dann wäre es zu spät gewesen“. Andernorts hingegen irren noch aus ihren Camps vertriebene Romas in den Wäldern herum und ziehen sich, aus Furcht vor der Polizei, in entlegene Waldgebiete (etwa an den Rändern des Großraums Paris) zurück. Das fördert natürlich weder Kontaktmöglichkeiten zu ihnen noch ihre Chancen auf ärztliche Versorgung oder darauf, durch Erwerbstätigkeit ihr Brot zu verdienen.

Die Notlage wurde im Falle von Choisy-le-Roi durch die Verantwortlichen schnell erkannt. Daraufhin einigten die Unterstützergruppen, die politischen Parteien der links regierten Stadt und die Verwaltung sich auf die schnelle Unterbringung in der Turnhalle.

Dort sind an den Seitenwänden ungefähr zwei Dutzend Matratzen aufgereiht. An der Stirnseite steht ein Tisch mit Tellern und Kochtöpfen, einige

Leute essen Hühnchen. Kinder spielen in der Mitte Seilhüpfen. Carola ist eine der Frauen, die vorübergehend hier leben. Mit ihrem Mann und ihren vier Kindern schläft die ganze Familie im Kasten des Fußballtors in der Turnhalle, unter dem zwei Matratzen mit Decken aneinander liegen. „In meinem Wohnwagen war es besser, aber wir hatten keine Wahl“. Seit acht Jahren lebt sie in Frankreich, ständig im Großraum Paris. Wegen ihrer vier Kinder kann sie nicht erwerbstätig sein, „aber manchmal erhalten wir durch Betteln ein bisschen Geld“, erzählt sie. Ihr Mann lebt als Blumenverkäufer: Er kauft die Pflanzenteile bei Großhändlern ein und bietet sie auf Märkten zum individuellen Verkauf an. Andere Männer der Gruppe leben oft vom Musikmachen, und sie führen den Teilnehmern der Solidaritätskundgebung am Sonntag Abend auch etwas von ihrer Kunst vor.

Nach Rumänien zurück, das möchte niemand von ihnen, meint Carola: „Auf keinen Fall! In Rumänien gibt es gar nichts für Roma: keine Schule, keine Arbeit, keine Wohnung“ - außer in dem, was in der Beschreibung nach einem Ghettoviertel klingt – „und wenn ich mit einem kranken Kind ins Krankenhaus gehe, dann wird es nicht behandelt. Außer, wenn ich zuerst viel Geld bezahlen könnte.“ „Frankreich ist besser“, meinen sie unisono: „Schwierig, aber besser.“ Was erwarten sie von ihrem künftigen Leben? „Eine Arbeit, eine Wohnung – so, wie die Franzosen leben -, Schule für die Kinder, eine bessere Zukunft.“ Die Gruppe von 70 Leuten weist untereinander überwiegend keine familiären Bindungen auf: „Nein nein, wir sind nicht miteinander verwandt“, meint Carola, „wir haben uns hier in Frankreich getroffen“. Bis hierher bot das Leben in der Gruppe besseren Schutz.

Demonstrationen in ganz Frankreich gegen „Sicherheits“-Delirium

An diesem Samstag, den 04. September werden in ganz Frankreich Demonstrationen gegen das repressive Delirium, das Nicolas Sarkozy seit einer Tagung im Elysée-Palast am 28. Juli sowie seiner Brandrede in Grenoble am 30. Juli 2010 ausrief, stattfinden. Wie sie am gestrigen 31. August klarstellte, ruft auch die sozialdemokratische Opposition zur Teilnahme auf. Ebenso wie zahlreiche NGOs, Antirassismus- und Menschenrechtsvereinigungen, Linkskräfte sowie die Gewerkschaftsdachverbände CGT und CFDT.

Bislang ist nur aus sieben Départements (von insgesamt 100 französischen Verwaltungsbezirken bzw. 95 im europäischen Festlandfrankreich ohne „Übersee“) bekannt, dass dort keine Demonstrationen

stattfinden. Es handelt sich mehrheitlich um ländliche und periphere Départements: Allier (in der Auvergne im Zentralmassiv), Ardennen, die Alpen der Hochprovence... An der Spitze der Pariser Demonstration, die an diesem Samstag um 14 Uhr beginnt, werden symbolisch die Romafamilien aus Choisy-le-Roi und ihre dortigen Unterstützer/innen laufen.

Sarkozy 2002 - Sarkozy 2010: Höher, schneller, härter

„Es gibt eine klare Verschärfung in der Regierungspolitik“, meint Bürgermeister Daniel Davaise. „Als Nicolas Sarkozy 2002 Innenminister wurde, bestand seine erste Amtshandlung darin, ein Camp von Roma hier in Choisy-le-Roi medienwirksam räumen zu lassen. Es handelte sich damals um 200 bis 300 Leute. Nur, damals wurden die Leute wenigstens nicht einfach auf die Straße geworfen, sondern es wurden ihnen Plätze in sozialen Notunterbringungseinrichtungen gegeben. Jetzt aber ist man dazu übergegangen, die Menschen einfach ohne nichts auf dem rohen Asphalt sitzen zu lassen.“

Nicht überall freilich läuft es derart gut für die von Zwangsräumung und Ausweisung Bedrohten ab. Auch in der Pariser Vorstadt Fleury – frankreichweit bekannt vor allem für ihre riesige Haftanstalt – fand am Samstag eine Solidaritätskundgebung für Roma statt. Auf ihr forderte etwa der frühere KP-Bürgermeister der Stadt, Michel Humbert, den Erhalt zweier Roma—Camps in der Umgebung. Doch der aktuelle sozialistische Rathauschef, Daniel Derrouert, will ihre Räumung.

Seitdem Nicolas Sarkozy am 28. Juli 2010 einen Gipfel im Elyséepalast abhielt, um auf Zusammenstöße zwischen französischen „Landfahrern“ und Gendarmen im zentralfranzösischen Saint-Aignan zu reagieren, und seitdem er zwei Tage später in Grenoble einen „nationalen Krieg gegen die Kriminalität“ ausrief, stehen vor allem die Roma im Visier. Insgesamt leben zwischen 9.000 und 15.000 Roma, überwiegend (zu 85 %) aus Rumänien und Bulgarien - also EU-Ländern - zuzüglich der Länder des früheren Jugoslawien, in Frankreich. Das sind erheblich weniger als in Deutschland oder Italien.

Über 800 von ihnen wurden im Laufe des August nach Rumänien und Bulgarien ausgewiesen, wobei im Falle eines Abschiebeflugs nach Sofia ein Missgeschick unterlief: Die Ausgeflogenen waren überhaupt keine Roma, sondern bulgarische Türken (Pomaken), Angehörige einer anderen Minderheit. Am Ende der ersten Augustwoche hatte Innenminister Brice Hortefeux

vermeldet, bis dahin seien 40 Camps von Roma polizeilich geräumt worden; am Freitag, den 13. August waren es ihrer 51. Inzwischen wurde (am gestrigen 31. August) vermeldet, es seien insgesamt 128 Camps geräumt worden, und knapp 1000 Personen seien ausgewiesen worden.

Laut offizieller Lesart reiste die überwiegende Mehrzahl von ihnen jedoch angeblich „freiwillig“ aus. So lautet jedenfalls die juristische Fiktion, denn EU-Bürger/innen zwangsweise auszuweisen, ist ansonsten rechtlich vergleichsweise kompliziert. (Die Regierung möchte die juristischen Möglichkeiten dazu nun erheblich erleichtern und, neben der „Störung der öffentlichen Ordnung“, auch „Mehrfachdiebstähle“ und „aggressives Betteln“ als Ausweisungstatbestände einführen.) Den durch die Regierung gezogenen, angeblichen Zusammenhang dieser Abschiebungen zu Kriminalität und „Unsicherheit“ belegt schlichtweg nichts. Am Sonntag Abend meldeten die Internetseiten von ‚*Le Monde*‘ und ‚*Le Nouvel Observateur*‘, „kein einziger“ der jetzt nach Rumänien Ausgewiesenen sei zuvor als straffällig polizeilich gemeldet gewesen. Das rumänische Innenministerium in Bukarest präzisiert, dies sei ausweislich der persönlichen Daten weder bei der französischen noch bei der rumänischen Polizei der Fall.

Sogar der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen befand am Sonntag beinahe, dass man hier auf Schwächeren herumtrampele. Zwar findet natürlich auch er, dass die Roma aus Südosteuropa keinen Platz in Frankreich hätten, und beklagt die europäischen Freizügigkeitsregeln als ursächlich für „das Problem“. Dennoch spöttelte er über die Regierungspolitik, sie könne sich nur an leichten Gegnern beweisen: „Die Roma schießen nicht auf Polizisten, und sie zetteln auch keine Unruhen an, wenn sie abgeschoben werden sollen.“ Und er zog eine, ausgesprochen schiefe, Parallele: In den Autofahrern (als angeblicher „Melkkuh der Nation“) und den Roma habe die Regierung einfache Gegner gefunden. Le Pen ging es dabei vornehmlich darum, andere Gruppen von Einwanderern oder Franzosen mit Migrationshintergrund stärker ins Visier zu nehmen, dennoch ist symptomatisch, dass selbst er die Roma für ungefährlich erklärt.

Diese Politik hat zu heftigen Protesten im Inland wie auf internationaler Ebene geführt. Auch wenn Innenminister Brice Hortefeux Mitte August noch gegenüber ‚*Le Monde*‘ höhnte, hier protestiere nur ein ganz „kleines Milieu von Politaktivisten und Medienleuten“, das sei die gutmenschelnde „Linke der Milliardäre“, so hat die Opposition gegen diese Politik doch längst überraschend breite Kreise gezogen. Auch in das katholische Milieu hinein und selbst bis in den gemäßigten Teil des bürgerlichen Lagers.

Zweifel sogar im Regierungslager

Der Abgeordnete der Regierungspartei UMP aus Versailles, Etienne Pinte, der bisher für eine moderat-humanistische Linie in der Einwanderungspolitik stand (jedoch innerhalb der Regierungsrechten zunehmend Einzelpositionen verfocht), hat nunmehr beispielsweise angekündigt, seiner Partei definitiv den Rücken zu kehren. Ebenso stellt die christlich-soziale, dem Papst nahe stehende und in gesellschaftspolitischer Hinsicht eher konservative Politikerin Christine Boutin sich und ihren Anhänger/inne/n die Frage eines solchen Austritts. Auch Amine Benalia-Brouch, ein junger Vorzeigepolitiker mit Migrationshintergrund, der Anfang September 2009 (vor genau einem Jahr) Opfer rassistischer Sprüche von Innenminister Brice Hortefeux geworden war, hat inzwischen im August 2010 die UMP verlassen.

Am Montag dieser Woche erklärte sogar der als geldgierig und eitler Fatzke bekannte Außenminister Frankreichs, Bernard Kouchner, er sei von Zweifeln erfasst worden und habe aus diesem Grund „vorübergehend an Rücktritt gedacht“. Im Anschluss habe er den Gedanken jedoch verworfen, denn „das hätte den Roma auch nichts genützt“. Der frühere Premierminister Dominique de Villepin – der freilich auch durch seine langjährige politische Rivalität mit Nicolas Sarkozy motiviert sein dürfte – sprach, mit Hinblick auf die Abschiebungen von Roma sowie die Sprüche Sarkozys zur „Ausländerkriminalität“, in ‚**Le Monde**‘ von „einem Flecken der Schande auf unserer Flagge“. Daraufhin warf Premierminister François Fillon ihm vor, Schindluder mit der Nationalfahne zu treiben. Innenminister Brice Hortefeux sprach von einer „moralischen Verfehlung“ de Villepins. Und der Vizepräsident des rechtsextremen FN, Bruno Gollnisch, pflichtet ihm bei, die Kritik des früheren Premierministers sei „völlig verantwortungslos“. Allerdings sei dies nicht als Zustimmung zu den „schwachen Maßnahmen“ (*mesurettes*) der Regierung zu werten.

Richter spielen nicht mit

In mehreren Städten, wie in Nantes und Lille, machten unterdessen die Gerichte der Regierungspolitik einen kleinen Strich durch die Rechnung und weigerten sich, Zwangsräumungen von Roma für rechtskonform zu erklären. Um EU-Bürger auszuweisen – sofern sie nicht unter erheblichem Druck und

gelockt mit 300 Euro Rückkehrprämie „freiwillig“ ausreisen -, benötigt der Staat einen Rechtsgrund. Ihn liefert häufig die „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“, etwa durch illegales Campieren. Allein die Tatsache, dass Roma weit außerhalb der Stadt ohne Genehmigung ihre Baracken oder Wohnwagen aufschlugen, sei kein triftiger Rechtsgrund, urteilten etwa Ende vergangener Woche Richter im nordfranzösischen Lille.

Die Bürgermeisterin von Lille, Martine Aubry, begrüßte das Urteil ausdrücklich. Und in ihrer Rede, die sie am Sonntag Nachmittag als sozialistische Parteichefin zum Abschluss der „Sommerakademie“ ihrer Partei in La Rochelle hielt, bezog sie sich darauf. Aubry sprach von „Sammelflügen der Schande“. Und sie insistierte: „Im Frankreich von Voltaire, von Victor Hugo und Emile Zola (...) gilt: Wenn man die Rechte einiger Menschen verletzt, sind die Rechte aller bedroht.“ Zumindest ein Teil der sozialdemokratischen Parlamentsopposition hat offenbar beschlossen, auch in dieser Frage nun wirklich auf Oppositionskurz zu gehen. Aubrys weiter rechts stehende innerparteiliche Rivalen, Ségolène Royal und Dominique Strauss-Kahn, haben sich jedoch nicht so klar in diese Richtung geäußert. Die Blair-Anhängerin Royal betonte Ende August in Reaktion auf die Regierungsoffensive zu den Themen „Unsicherheit und Ausländerkriminalität“, dass „Sicherheit kein rechtes Thema“, sondern angeblich ein ur-sozialdemokratisches Anliegen sei. Allerdings kritisierte auch sie in den letzten Wochen Sarkozys rassistische Akzente.

Öffentliche Meinung: In zwei größere Blöcke gespalten

Aubrys neuem Oppositionskurs kommt zugute, dass sich die öffentliche Meinung entlang von Sarkozys Politik der Abschiebungen und des „nationalen Kriegs gegen die Kriminalität“ in zwei ungefähr gleich große Blöcke polarisiert hat. Am vergangenen Donnerstag publizierte die politisch moderate Boulevardzeitung ‚*Le Parisien*‘ eine Umfrage, der zufolge 48 Prozent der Befragten die Roma-Abschiebungen befürworteten und 42 Prozent sie ablehnten. Sicherlich hat die Tatsache, dass die Angelegenheit in den letzten Wochen stark politisiert und kontrovers debattiert wurde, die Zahl der erklärten Gegner in die Höhe schnellen lassen: Unter dem Jahr, wenn Ausweisungen von Roma unspektakulär und nicht von kriegerischen Tönen begleitet stattfinden, ist die offene Opposition dagegen bei weitem nicht so stark. Auch die scharfe Kritik, die aufgrund der ablehnenden Haltung der katholischen Kirche bis hinein in tief bürgerliche Kreise geht, hat dazu beigetragen. Allerdings hat Kardinal André Vingt-Trois - der Vorsitzende der französischen

Bischofskonferenz - am gestrigen 31. August den Innenminister Brice Hortefeux getroffen, um den Konflikt herunterzukochen. Im Anschluss erklärte der Kardinal, er möge „kein politisches Match“ mit der Regierung über die Roma-Abschiebungen austragen.

Am letzten Freitag verlas der sehr zornige Erzbischof von Toulouse, Robert Le Gall, vor 4.000 Pilgern im Wallfahrtsort Lourdes eine Botschaft. Darin heißt es: „Auch sie gehören zum Menschengeschlecht. Sie sind unsere Brüder wie so viele andere. Ein Christ kann sie nicht vergessen.“ Er bezog sie auf die Roma, doch die Passage stammt im Original aus einem Brief vom August 1942, in welchem sein Amtsvorgänger Jules-Géraud Saliège einen Schutz für die bedrohten Juden forderte. Regierungssprecher Luc Chatel tobte am Sonntag, hier würden total unzulässige historische Parallelen gezogen. Eine Gleichsetzung der geschichtlichen Situationen wäre sicherlich grundfalsch – auf die Abgeschobenen warten bei ihrer Ankunft keine Gaskammern -, und auch der Bischof von Toulouse hat seine Äußerungen inzwischen in diesem Sinne präzisiert (tatsächlich habe er natürlich nicht das Schicksal beider Gruppen in letzter Konsequenz gleichsetzen wollen). Aber Anklänge an die Rhetorik des Vichy-Regimes bei der regierenden Rechten heben derzeit zahllose Beobachter hervor. Dass eine größere Regierungskampagne sich in einem Aufwasch gleichzeitig gegen zuwandernde Roma und gegen die – seit dem 15. Jahrhundert im Land ansässigen – französischen „Landfahrer“ oder einheimischen Sinti richtet, wie seit Ende Juli, ist tatsächlich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht dagewesen.

Am folgenden Tag, nachdem die Umfrage des ‚*Parisien*‘ eine im Wesentlichen in zwei Hälften gespaltene öffentliche Meinung gezeigt hatte, publizierte das konservative Blatt ‚*Le Figaro*‘ am Freitag (27. August) eine eigene Befragung. Demnach stimmten angeblich zwei Drittel den Abschiebungen der Roma zu. Einmal mehr war diese Umfrage der Tageszeitung – die in den letzten Monaten in vielerlei Hinsicht offen propagandistische Funktionen für die Regierung übernimmt – jedoch methodisch heftig umstritten. Unter anderem wurden in der Fragestellung Roma, also EU-Bürger, mit „illegalen“ Migranten und Straffälligen wild durcheinander geworfen.

Internationale Kritik

Nicht zuletzt opponieren auch international viele Stimmen, nicht zuletzt die rumänische und die bulgarische Regierung, der Europarat und die EU-

Kommission – welche letztere Frankreich an die für Bürger der Union geltenden Freizügigkeitsregeln erinnert – gegen die französische Abschiebepolitik. Am gestrigen Dienstag, den 31. August musste Frankreich, vertreten durch den Staatssekretär für Europa-Angelegenheiten (den UMP-Schleimi Pierre Lellouche) und Einwanderungsminister Eric Besson, seine Politik vor Repräsentanten der EU-Kommission verteidigen. In deren Namen meldeten Justizkommissarin Viviane Reding und die europäische Kommissarin „für innere Angelegenheiten“, Cécilia Malström, unüberhörbare Bedenken an. Der Sprecher von Justizkommissarin Viviane Reding, Maxime Newman, erklärte dazu: „Die Roma sind europäische Bürger, sie haben die gleichen Rechte wie alle. Die Integration der Roma muss überall in Europa stattfinden, in ihren Herkunftsländern, den Aufnahmeländern, wir sprechen mit allen Mitgliedsländern. Eine vollständige Integration muss in jedem Mitgliedsstaat stattfinden.“

Ähnlich äußerte sich am Samstag der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg, der in Prag erklärte: „Die Weise, in der Sarkozy rumänische Bürger abschiebt, steht im Widerspruch zum Geist und zu den Regeln der Europäischen Union.“ Dieses Vorgehen wurde auch am Freitag durch das 18köpfige UN-Expertenteam, das über die Einhaltung der Internationalen Konvention zur Beseitigung der Rassendiskriminierung von 1965 wachen soll, scharf kritisiert. Der Ausschuss übergab am Freitag seine „Empfehlungen“ an Frankreich, nachdem bereits bei der Anhörung einer französischen Regierungsdelegation am 11. und 12. August deutliche Kritik geübt worden war. Unter anderem wird Frankreich in den Empfehlungen explizit dazu aufgefordert, die Abschiebung von Roma zu „vermeiden“.

Bei manchen der Protagonisten auf Regierungsebene in Südosteuropa schimmert dabei sicherlich auch eine Konzeption durch, die darin besteht, froh zu sein, wenn die Roma weniger im eigenen Land und stärker beim Nachbarn sind. Gerade die französischen Konservativen machen sich diese Vision jedoch zu eigen. Hatte doch ein ostfranzösischer Kommunalpolitiker in Lothringen im Jahr 2009 die Roma offen mit Nuklearmüll verglichen und über die nötige „Lastenteilung“ unter den Kommunen gesprochen. Ende vergangener Woche erklärte ein führender Politiker der regierenden Rechten in Frankreich, Eric Raoult, es sei ihm „lieber, wenn die Roma nach Spanien oder Italien gehen“, als dass sie nach Frankreich kämen.

Ausbürgerung straffälliger Franzosen

Neben den Roma-Abschiebungen bildet der Plan, bestimmten Personenkreisen aufgrund ihres – etwa straffälligen – Verhaltens die einmal erworbene französische Staatsbürgerschaft zu entziehen, das zweite Standbein der seit Ende Juli eingeläuteten „Sicherheits“-offensive der Rechtsregierung.

Dazu hat Innenminister Brice Hortefeux nun einen Entwurf vorgelegt, den er während seiner Urlaubszeit ausgearbeitet hat. Er soll noch im September vom Parlament debattiert, und in das dann zu verabschiedende verschärfte Einwanderungsgesetz integriert werden. Das Papier, das am vorigen Freitag durch ‚*Libération*‘ publik wurde, sieht zweierlei gesetzliche Neuerungen vor.

Zum Einen soll französischen Straftätern, die seit maximal zehn Jahren die Staatsbürgerschaft Frankreichs erworben hatten, selbige Staatsangehörigkeit wieder entzogen werden können. (Rechtliche Bedingung dafür wäre, dass die betreffende Person noch eine andere, zweite Staatsbürgerschaft besitzt. Denn das geltende Staatsbürgerschaftsrecht verbietet es grundsätzlich, eine Person bewusst „staatenlos“ werden zu lassen.)

Voraussetzung dafür soll entweder eine rechtskräftige Verurteilung zu mindestens fünf Jahren Haft oder aber ein tätlicher Angriff auf einen Repräsentanten der Staatsautorität – von der Polizei über den Feuerwehrmann bis zur Rechtsanwältin - sein. Das ist in etwa die moderatere Abwandlung einer Forderung, die der rechtsextreme Front National in seinem Wahlprogramm für 2007 erhob. Allerdings wollte der FN bereits bei einer Verurteilung zu mindestens sechs Monaten (ohne Bewährung) ansetzen. In einer Reaktion auf Hortefeux' Vorhaben forderte der konservative Abgeordnete und Scharfmacher Thierry Mariani am Wochenende seinerseits eine Ausweitung auf „alle Verbrecher“, ohne nähere Einschränkung. In ihrer Rede vom Sonntag ging die sozialistische Parteichefin Martine Aubry ebenfalls darauf ein, mit den Worten, es verstoße gegen die Verfassung, „zwei französische Staatsbürger für dieselbe Verfehlung unterschiedlich zu bestrafen“. Tatsächlich garantiert deren Artikel Eins „die Gleichheit aller Citoyens vor dem Gesetz“, und dies ausdrücklich „unabhängig von Herkunft, Rasse oder Religion“.

Die zweite geplante Novelle betrifft die Personen, die der „faktischen Polygamie“ beschuldigt werden, also des Zusammenlebens in einer mehrköpfigen Ehe – jedoch ohne Trauscheine. Auch ihnen soll die Ausbürgerung drohen. Auf diese Idee kam bislang auch der Front National in seinem Programm noch nicht; auf der Titelseite von ‚*Le Monde*‘ hatte sich denn

auch in der zweiten Augustwoche ein Berater Nicolas Sarkozys dieser Tatsache gerühmt.

Polygame Eheschließungen sind in Frankreich ohnehin verboten und werden, sofern im Ausland geschlossen, auf französischem Boden mitsamt all ihren Rechtsfolgen nicht anerkannt. Es dürfte einen kleinen harten Kern von vielleicht einigen hundert Personen geben, die formelle Eheschließungen etwa vor einem Imam vornehmen lassen, aber die Standesämter der Republik davon nicht unterrichten. Da dies in der Privatsphäre geschieht, lässt es sich freilich schlichtweg nicht nachweisen. Es sei denn, der Staat soll künftig intensiv in eben jene Privatsphäre hineinforschen können.

Brice Hortefeux hat jedoch seit April dieses Jahres diesem Phänomen, ausgehend von einem mutmaßlichen Fall im westfranzösischen Nantes, den Kampf angesagt. Und er führt ihn mit dem Eifer eines Privatkriegs. Nun möchte er die „faktische Polygamie“ – jene ohne Trauschein – sowohl als strafbewehrtes Delikt, mit einer Strafandrohung von bis zu fünf Jahren Haft, als auch als Tatbestand zur Rechtfertigung eines Entzugs der Staatsbürgerschaft einführen. Auch Regierungskollegen des Innenministers halten dies jedoch für „wenig praktikabel“, da man bei Formen des Zusammenlebens ohne standesamtliche Hochzeit eben nur schwer wissen könne, in welchen Strukturen Personen miteinander verbunden sind. Einwanderungsminister Eric Besson hat sich Ende vergangener Woche bereits von dem Vorhaben distanziert und erklärt, ein Staatsbürgerschaftsentzug in solchen Fällen komme nur „ausnahmsweise“ in Frage. Am Montag dieser Woche ging selbst Premierminister François Fillon in ähnlicher Weise auf Distanz. In den kommenden Tagen sollen nun Klärungen innerhalb des Regierungslagers erfolgen.

In jedem Falle handelt es sich um hochgradige Symbolpolitik, wobei weniger die einzelnen Maßnahmen von Bedeutung sind als die von ihnen beförderte Botschaft: „Strafwürdiges Verhalten und Herkunft hängen eng miteinander zusammen“ und „Zu viele schlechte Erwerber beschmutzen die französische Staatsbürgerschaft“. Als „ein politisches Flugblatt“ wertete dementsprechend der Juraprofessor Guy Carcassonne am Wochenende den Entwurf aus dem Hause Hortefeux.

Unterdessen hat der Rechtsaußenflügel der Regierungspartei bereits mit neuen Forderungen nachgelegt. Am Sonntag trat der - als Hardliner bekannte – südostfranzösische UMP-Abgeordnete Thierry Mariani mit dem Ansinnen hervor, die medizinische Versorgung für „illegalisierte“ Einwanderer einzuschränken. Bislang wird ihnen, seit dem Jahr 2000, eine ärztliche

Grundversorgung in Gestalt der *Aide médicale d'Etat* (AME) gewährt. Zuvor hatten sich in den neunziger Jahren Netzwerke von Ärztinnen und Ärzten gebildet, die „illegalisierte“ Migranten auch ohne Krankenversicherung versorgten.

Die Einführung der AME zu Beginn des Jahrtausends diene einem Imperativ öffentlicher Gesundheitspolitik: Nur, wenn auch „Illegale“ bei ernststen Beschwerden ohne Furcht zum Arzt gehen und sich untersuchen lassen, kann die Ausbreitung potenziell bedrohlicher Epidemien und ansteckender Krankheiten leichter vermieden werden. Mariani aber ist diese staatliche Unterstützung ein Dorn im Auge. Er will nun ihre Kosten zum Teil auf die Betroffenen umwälzen und zumindest eine stärkere „finanzielle Selbstbeteiligung“ von ihnen verlangen. Damit dürfte er zwar Gesundheitspolitiker auch im bürgerlichen Lager gegen sich wissen. Allerdings kann er an eine Passage in Nicolas Sarkozys Brandrede von Grenoble vom 30. Juli anknüpfen. Der Präsident hatte sich darin empört, dass „Illegalen“ Rechte und Leistungen zustünden.

Bernard Schmid, Paris, 01.09.2010
